

Bürger für Trippstadt

Verwaltungs- und Gebietsreform

Vorab ein Gruß nach Trippstadt.

Eure Internetpräsentation "buerger-fuer-trippstadt" ist professionell gestaltet und inhaltlich gut und sachlich aufbereitet, Kompliment.

Ihr habt ebenfalls erkannt, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in diesen wichtigen und umfangreichen Informationskomplex einzubinden. Es kann und darf nicht sein, dass persönliche Karrierewünsche einzelner (in der VG Landstuhl kann künftig nur noch die hauptamtliche Beigeordnetenstelle erhalten werden, wenn mehr als 25.000 Einwohner in dieser VG zusammengefasst werden) dem Wohl Aller übergeordnet werden.

Die bisherigen öffentlichen Aussagen unseres Verbandsbürgermeisters zeigen, dass er die Stimmungslage in unserem Teil der Verbandsgemeinde vollkommen falsch einschätzt, denn in Trippstadt und in Stelzenberg besteht keinerlei historischer oder aktueller Bezug nach Landstuhl. Wie soll er aber auch davon Kenntnis haben, schließlich besucht er (fast) keine Ratssitzung in diesen Ortsgemeinden, lässt sich, wenn überhaupt nur im Kreise seiner "Geistesverwandten" sehen und er hat ja auch in den letzten Jahren fast keine Mitarbeiter mehr von hier eingestellt: - aber etliche von der anderen Seite des Baches. Auch so kann man sich eine Hausmacht schaffen - und von den Bürgern entfremden.

Alle unsere alltäglichen Wege führen schon seit alters her nach Kaiserslautern, ob diese zur Arbeit oder zu den vielen weiterführenden Schulen führen, zu den zahllosen Ämtern und Verwaltungsstellen in der Stadt oder auch zum Einkaufen, zu unserem persönlichen Vergnügen in Vereinen (der "Betze" ist wieder erstklassig), zu unterschiedlichen Gerichten, aber auch zu kulturellen Einrichtungen; nach Landstuhl fährt man nie - oder zumindest höchst selten einmal zum Finanzamt.

Aber wir sollten uns nicht alleine von Emotionen leiten lassen.

Für zahllose Haus- und Grundstückseigentümer, aber auch für die Mieter werden sich niedrigere Gebühren- und Steuerbelastungen ergeben, denn Wasser, Abwasser und wiederkehrende Beiträge sind in der Stadt (teilweise deutlich) niedriger oder sie entfallen sogar ganz.

Dann gibt es auch noch viele Schüler, die voraussichtlich mit deutlich geringeren Kosten für ihre Monatskarten entlastet werden.

Natürlich gibt es auch stellenweise höhere Gebühren, wie beispielsweise die Gewerbesteuer und die Friedhofsgebühren. Diese werden gerne als Gegenargument verwendet, obwohl davon kaum einer unserer BürgerInnen betroffen ist und obwohl sich hiervon auch in der Vergangenheit schon kein Betrieb zur Ansiedlung in unserer VG und nicht in der Stadt Kaiserslautern hat verleiten lassen. Die Friedhofsgebühren sind in der Stadt tendenziell ebenfalls höher. Aber: In unseren Ortsgemeinden bezahlen wir die Differenz weitgehend aus den anderen Steuereinnahmen, denn keine einzige Ortsgemeinde hat eine ausgeglichen Haushaltsstelle für den Friedhof, jedes Jahr müssen viele tausend oder gar zehntausend Euro

aus den Einnahmen der Ortsgemeinden hierfür verwendet werden.

Und zu dem -hohen- Schuldenstand der Stadt:

Er darf nicht alleine mit dem Schuldenstand unserer Ortsgemeinden verglichen werden. Deren Pro-Kopf-Verschuldung muss ergänzt werden mit den Schulden der Verbandsgemeinde und den Werken der Verbandsgemeinde, aber auch noch mit dem Schuldenstand des Landkreises. Und schon sind die Unterschiede eher gering.

Richtig wäre aus meiner Sicht bei Verhandlungen mit der Stadt KL das Beharren auf einer möglichst weitgehenden Selbstverwaltung und Selbstbestimmung "vor-Ort". Genau hier gilt es in Verhandlungen mit der Stadt den Hebel anzusetzen. Mit einem eigenen Schneeräumfahrzeug und eigenem Personal können Situationen wie in Dansenberg, die gerne als "Hauptargument" gegen ein Zusammengehen mit der Stadt genannt werden, erst gar nicht entstehen.

Ziel: Die heutigen Vorteile erhalten und unseren Bürgern die weitergehenden Vorteile, die uns die Stadt KL bieten kann, schnellstens eröffnen.

Wenn man also offen und ehrlich mit allen relevanten Sachverhalten umgeht, dann kann man die Verhandlungen entsprechend steuern und das bestmögliche Ergebnis - das wiederum einen Kompromiss darstellen wird - für unsere Bürger und Bürgerinnen erreichen.

Hierfür müssen aber zeitgleich die wichtigsten Alternativen abgeklärt werden, die für uns im Rahmen der Reform bestehen.

Gegenwärtig wird jedoch der Beschluss des Verbandsgemeinderates, ergebnisoffene Verhandlungen nach allen Seiten zu führen, von BM Unnold mit der Begründung missachtet, dass "die Verwaltung nicht an allen Fronten kämpfen kann". Aber wie leistungsschwach muss eine Verwaltung sein, wenn sie nicht in der Lage ist, die wesentlichen Sachverhalte - was auch schon für die Verhandlung mit einer einzigen Nachbargemeinde erforderlich bzw. zumindest sinnvoll wäre - zusammenzustellen und auch an andere Verwaltungen als Gesprächsgrundlage zu verschicken...

Übrigens:

Nachdem das erste Gespräch der Steuerungsgruppe III in Landstuhl geführt worden war, wurde mitgeteilt, dass das zweite Gespräch erst nach den Sommerferien anberaumt werden soll ... So kann man Verhandlungen mit unerwünschten Gesprächspartnern "geschickt" umgehen, denn die Freiwilligkeitsphase der Reform endet bereits Mitte 2012. Hier wird der Ratsbeschluss missachtet und dem Bürgerwillen Hohn gesprochen.

Lassen wir uns daher nicht täuschen: Die Verwaltungsreform ist nicht zum Zwecke der persönlichen Karrierebeförderung erdacht worden, sie sollte von uns allen als Chance gesehen werden.

Daher mein Vorschlag: Wenn wirklich die Menschen im Vordergrund des politischen Handelns stehen sollen, dann fragt doch einfach diese Menschen und akzeptiert auch, wenn sie in den Ortsgemeinden unterschiedliche Wege gehen wollen. Die nächste Chance hierzu wird - wenn überhaupt - erst in vielen Jahren wieder kommen.

(Name ist der Redaktion bekannt)